

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

12.9.1924 (No. 213)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. e. n. d.
Karlsruhe

Wegzugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenzeichen. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweisen, Verhaftungen und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Ausschließung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung übernommen.

Wirtschaftliche Umschau

Nachdem wir nun in der Periode der Inangriffnahme des Dawesplanes sind, erkennen wir, daß gut Ding — soweit die guten Seiten des Londoner Abkommens in Betracht kommen — Weile haben will. Die Börse ist zurückhaltender geworden, eine ausgesprochen klare Stimmung macht sich jetzt geltend, wohl deshalb, weil man erkannt hat, daß der allzugroße Optimismus, der anfangs eingetretet hatte, über das Ziel hinausschoss. Für die Durchführung des Dawesplanes bestehen eben doch Gefahrenmomente, die zunächst vor allem von England ausgehen, wo sich heftiger Widerstand von Industrie und Gewerkschaften gegen die Steigerung des deutschen Exports und neuerdings auch eine sehr rücksichtslos geführte Kampagne gegen eine englische Beteiligung an der Reparationsanleihe geltend machen.

Noch liegen erhebliche Schleier über der kommenden Entwicklung der Dinge und die amtlichen Stellen sind aus verständlichen Gründen zurückhaltend. Mancherlei Unerfreuliches hat sich schon ereignet, wie bei den spekulativen Vorgängen um die deutschen Staatsanleihen, wo zum mindesten der Verdacht besteht, daß Spekulant um interne Dinge im Aufwertungsanschlag gewußt und dieses Wissen ausgenutzt haben. Es ist klar, daß das Reich, das in absehbarer Zeit von der kurzfristigen Finanzierung seiner Bedürfnisse zur langfristigen durch Anleihen übergehen muß, keine neuen Anleihen mit Erfolg auslegen kann, kommt nicht vorher ein Arrangement hinsichtlich der alten Anleihen zustande. Das weiß man nicht nur in Deutschland, sondern auch in England und Amerika, wo deutsche Anleihen umfangreiche Märkte haben.

Die Reparationsanleihe soll erst Mitte Oktober zur Auflegung kommen und dann kann erst das Währungsreformwerk in Gang gesetzt werden. Alles kommt dann darauf an, daß die Reichsbank in der Kreditfrage eine Politik einschlägt, welche zwar liberaler ist, aber alle inflatorischen Wirkungen absolut ausschließt. Die 800 Millionen-Anleihe soll bekanntlich den doppelten Zweck haben, als Deckung für die neuen Markbanknoten und zur Finanzierung der Sachlieferungen zu dienen. Sie wird sehr erhebliche Mengen neuer Zahlungsmittel in den Verkehr bringen. Werden hier nicht wirksame Sicherungen errichtet, zum Teil vermutlich wohl auch automatisch eintreten, weil das Ausland, das ja unsere vermehrte Ausfuhr aufnehmen soll, in stärkerem Maß als Käufer deutscher Mark auftreten wird, dann droht auch der Stabilität der neuen Währung Gefahr. Denn nicht nur die Golddeckung ist dafür maßgebend, sondern auch die Menge des Umlaufs an Zahlungsmitteln, die nicht über den tatsächlichen Bedarf hinausgehen und ein Überangebot verursachen darf.

Der Generalagent für Reparationszahlungen, der ja nun bereits seinen Sitz in Berlin aufgeschlagen hat, hat ein nicht einfaches Amt. Er soll im Rahmen des Möglichen, ohne daß die Stabilität der Währung und der deutschen Wirtschaft gefährdet wird, jährlich höhere Summen aus Deutschland für Reparationszwecke herausziehen. Der Sachverständigenbericht gibt selbst zu, daß hier erhebliche Schwierigkeiten eintreten werden, die nur durch Erfahrungen überwunden werden könnten. Und wenn eine internationale Autorität wie Prof. Cassel-Stockholm, es sehr bezweifelt, daß die deutsche Ausfuhr eine solche Höhe erreichen wird, daß die erwarteten Reparationszahlungen (schließlich in Höhe von 2 1/2 Milliarden jährlich) geleistet werden können, so ist das eine auf sehr realen Grundlagen beruhende (übrigens auch an dieser Stelle vor Wochen schon ausgesprochene) Ansicht.

Die Reichsregierung kündigt jetzt eine Verbilligungsaktion an, zu der die vom Reichswirtschaftsministerium betriebenen Vorarbeiten bereits vor dem Abschluß stehen. Der Zweck ist, einen allgemeinen Preisabbau herbeizuführen, um auf dem Weltmarkt wieder besser konkurrieren zu können. Es wird eine Herabsetzung der Eisenbahnfrachten angekündigt, welche die Kohlen- und Eisenpreise und die Preise der Halb- und Fertigfabrikate beeinflussen werde. Ferner schweben Verhandlungen über die Herabsetzung der Debetzinsen bei den Banken, wie auch schließlich die Ermäßigung der sehr verteuern wirkenden Umsatzsteuer, allerdings erst in Verbindung mit der neuen Zollgesetzgebung in dieser Richtung wirken soll.

Die Schwierigkeiten, die sich einer solchen Aktion entgegenstellen, sind in der Hauptsache zweierlei. Absolut

wirken hier hemmend die im Inland gegen den Preisabbau und auf Preissteigerungen gerichteten Tendenzen, relativ und absolut die Preiserhöhungen für verschiedene Rohprodukte auf dem Weltmarkt.

Zimmer wieder kommen vom Ausland und Ausländern Klagen über deutsche Überteuern, die in krassem Gegensatz zum deutschen Vorkriegsrenommee, strenger Preispolitik und unbedingter Zuverlässigkeit steht. In England ist schon wieder das Schlagwort vom „Deutschen Schund“ aufgeflattert und in Verbindung damit stellt die Berliner Presse fest, daß deutsche Geschäfte von solchen Waren voll sind, während alle leidlichen Qualitätswaren teurer als der Friedenspreis und der Weltmarktpreis und oft nur um ein Mehrfaches dieser Preise zu erhalten sind.

Nicht anders sieht es auf dem Lebensmittelmarkt aus. Bezeichnend ist es, daß der Reichsernährungsminister sich in einem Rundschreiben an die Regierungen der deutschen Länder gegen die übertriebene Steigerung der Brot- und Mehlpreise nicht berechtigt sei. Überhaupt macht sich auf dem Lebensmittelmarkt unproduktiver und überflüssiger Zwischenhandel immer noch breit und wir stehen vor der Tatsache, daß der deutsche Bauer sich in einer schweren Existenzkrise befindet, während der Städter Preise für Lebensmittel weit über Friedens- und auch Weltmarktpreis anlegen muß. Aus den Krankheiten der Inflationenzeit sind wir also noch nicht hinaus und auch an der moralischen Genugtuung der Wirtschaft bleibt noch viel zu tun übrig. Vorläufig ist der Boden hier noch nicht so gesäubert, daß nicht Unkraut aller Art gedeihen könnte wie üble Wirtschaftsgewinnung und rücksichtslose Profitgier.

Die Preissteigerungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind zum Teil auf Vorgänge auf dem Weltmarkt, zum Teil aber auch auf innerdeutsche Erscheinungen zurückzuführen. Dazu haben sowohl Rußland wie Polen angekündigt, daß in diesem Jahre kein Getreideexport wegen der gleichfalls schlechten Ernte in diesen Ländern stattfinden könne. Die Ausfuhrerlaubnis für Getreide, die ja jetzt aufgehört hat, da ab 8. September keine Unbedenklichkeitsbescheinigungen mehr ausgestellt werden, hat sicher zu der Preissteigerung erheblich beigetragen. Die Verordnung, welche die Einfuhr der Ausfuhr bestimmt, ist übrigens gegenwärtig deshalb wirkungslos, weil der Inlandspreis für Roggen zurzeit den Weltmarktpreis überstiegen hat und eine Ausfuhr als unrentabel an und für sich nicht in Frage kommt. Das Ausfuhrverbot ist als vorübergehend erlassen worden, wohl aus dem Grunde, um eventuell nach Beruhigung des Marktes das stark wasserhaltige deutsche Getreide diesjähriger Ernte nach dem Ausland absetzen und später trockenere ausländische Frucht einführen zu können. Für die Preissteigerung kommen ferner noch in Betracht: die Verschlechterung der Witterung, welche die Ernteausichten vielfach sehr ungünstig gestaltet, das Zurückhalten der Produzenten in Erwartung der Agrarzölle, wodurch die Mühlen bereits eine Knappheit an Rohmaterial empfinden, die bessere Kreditversorgung der Landwirtschaft.

Die Preissteigerungen, so erfreulich sie dem Standpunkt der Erzeuger sein mögen, müssen auch von der anderen Seite betrachtet werden, denn die Folgen von Lebensmittelerhöhungen sind Lohnbewegungen und Lohnkämpfe. Höhere Löhne verteuern naturgemäß die Produktionskosten in der Industrie und erschweren, selbst wenn ein Abbau dieser Kosten auf anderen Gebieten möglich ist, die deutsche Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber. Es steht zwar jetzt außer der Ermäßigung der Umsatzsteuer und der Bahnfrachten auch eine weitere Ermäßigung der Kohlenpreise um 10 Prozent in Aussicht, zwei wichtige Faktoren für den notwendigen Preisabbau aber andererseits weisen auch inländische Rohprodukte für die Industrien Preiserhöhungen auf. So sind die Häutepreise seit Anfang Juli um 20 bis 40 Prozent hinaufgegangen und haben die Erhöhungen auf dem Weltmarkt überholt, Steigerungen, die deshalb sehr empfindlich sind, weil Preisänderungen der Häute diejenigen des Leders in doppelter Hinsicht beeinflussen. Hier spielt offenbar auch die Spekulation eine Rolle. Im Steigen begriffen sind ferner auf dem Weltmarkt die Wollpreise, wohl auch deshalb, weil sich Deutschland jetzt stark an den australischen Auktionen beteiligt. In Brisbane wurde bereits in den ersten Tagen eine Steigerung um 5—10 Prozent verzeichnet, die weiter anhält. Auch die Seidenpreise in Ostasien sind im Anziehen.

Was über den Verlauf der Leipziger Messe verlautet, zeigt die Depression unseres Wirtschaftslebens. Die Messe schloß wohl für die allermeisten Aussteller recht unbefriedigend ab, was die Anzahl und Größe der zustande gekommenen Abschlüsse anlangt. Hindernis wirkten auch die Preiskonventionen, durch die der notwendige Preisabbau in vielen Fällen unmöglich gemacht worden war, wenn sich auch namentlich kleinere Produzenten vielfach von den Kartellbindungen losgaben. Unter dem Eindruck des Geldmangels kamen die mannigfachen Zahlungsvereinbarungen zustande, wobei für Lagerartikel Zahlungsberichtigungen gewährt wurden, wenn zugleich neuanzufertigende Artikel bestellt wurden. Bedauerlich ist es, daß infolge Geldnot und der zu hohen Preisstellungen der Absatz an Waren in den oberen Preislagen und Qualitätsware sehr gering war. In der Hauptsache beschränkten sich fast in allen Branchen die Abschlüsse auf Alltagsbedarf. Der Absatz an das Ausland litt daran, daß die Preise immer noch über Weltmarkt standen und an der Ungewißheit über die kommenden Handelsverträge. Die Breslauer Messe, wo größere Aufträge so gut wie ausgeblieben sind, ist auf 3 Tage abgefilzt worden.

Die Räumung des Dortmunder Bezirks

Essen, 11. Sept. Gemäß dem Befehle des kommandierenden Generals Köm vom 32. Armeekorps soll die 3. französische Division, die den Dortmunder Bezirk belegt hat, aus der Besatzungszone herausgezogen werden. Das 24. Infanterieregiment in Neulinghausen soll bis zum 27. September abgezogen sein. Für diese Truppen kommen diejenigen Teile des 18. Dragoner-Regiments nach Neulinghausen, die zurzeit in Dortmund liegen. Die Pionierbataillone wie die Regimentsmusik sollen im Neulinghauser Bezirk bis zum 20. Oktober vollständig abgebaut sein, während der Abbau der Polizeiverwaltungsstellen vom 15. September ab erfolgt.

Hörde, 12. Sept. Wie verlautet, werden die Postbeamten des Postamts Hörde spätestens am Sonntag, den 14. September von Hörde zurückgezogen werden. Ein großer Teil der französischen Besatzungstruppen wurde schon vor längerer Zeit abgeführt. Wann der Rest der Besatzungstruppen, der noch etwa 50 Mann beträgt, abgehen wird, ist noch nicht bekannt.

Oberhausen, 11. Sept. Das Schreiben des Stadtkommandanten, durch das der Stadteinsatz von Oberhausen von dem Abzug der französischen Truppen Mitteilung gemacht wird, lautet wörtlich: Das 1. Bataillon vom 12. Pionierregiment soll Oberhausen am 16. September verlassen und wird durch keine anderen Truppen abgelöst. An diesem Tage werden die Kasernen und Wohnungen der Stadt Oberhausen zur Verfügung gestellt. Die Schäden müssen festgestellt, die Häuser für Licht und Heizung abgelesen werden. Nach dem 17. September werden Reparaturen nicht mehr entgegengenommen. Ich möchte Sie deshalb bitten, vom heutigen Tage ab einen Delegierten der Stadt zu ernennen, der dauernd der Kommandantur zur Verfügung steht.

Die Entlassung der politischen Gefangenen
Botschaftsrat Rieth hat in Paris bei der französischen Regierung einen Schritt unternommen, durch den auf eine beschleunigte Freilassung der politischen Gefangenen hingewirkt werden soll. Aus dem Gefängnis in Ransau ist eine Reihe von politischen Gefangenen von den Franzosen entlassen worden. Bisher sind in Dortmund 47, in Essen 10 politische Gefangene entlassen worden.

Zurzeit befinden sich in pfälzischen Gefängnissen noch 81 politische Gefangene und zwar in Zweibrücken 58, in Germersheim 20, sowie je einer in Ludwigshafen, Frankenthal und Neustadt a. d. S.

Im Militärgefängnis Zweibrücken befinden sich auch noch 41 sogenannte Deportierte, d. h. die Rhein- und Ruhrgefangenen, die während des passiven Widerstandes nach französischen Strafolonien verbracht worden waren, und auf deutsche Vorstellungen wieder zurückgeführt wurden.

Die Coblenzer Verhandlungen

Coblenz, 11. Sept. Die Reichsregierung hat den Landeshaupmann der Rheinprovinz, Dr. Gerion, zum Vorsitzenden der deutschen Abordnung für die auf Grund der Londoner Konferenzbeschlüsse im besetzten Gebiet stattfindenden Verhandlungen bestimmt.

Die Vorschlagszahlungen auf Reparationskonten

Die nach dem Londoner Protokoll am Donnerstag fällig gewordene zweite Deckungszahlung in Höhe von 20 Millionen Goldmark ist vom Reichsfinanzminister im Laufe des Donnerstags auf das Konto des Agenten für Reparationszahlungen bei der Reichsbank überwiesen worden. Auch die erste Zahlung der französischen und der belgischen Regierung aus den Einnahmen an Steuererhebungen und aus den Überschüssen der Regie ist am Donnerstag fällig geworden. Von ihrer Höhe um dem in weiteren zehn Tagen an den Generalagenten abzuführenden entsprechenden Betrag wird die Höhe der am 21. September von Deutschland zu leistenden Monatsabschlagszahlung abhängen. Es wäre zu wünschen, daß der Generalagent die bei ihm eingehenden Zahlungen in bestimmten Abständen bekannt macht, damit die Öffentlichkeit über das Funktionieren des Planes und seine Fortschritte unterrichtet wird.

Mit einer Beilage: 38. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die finanziellen Ergebnisse der Ruhrbesetzung
Das französische Außenministerium veröffentlicht in Beantwortung eines parlamentarischen Antrages die finanziellen Ergebnisse der Ruhrbesetzung bis 30. Juni 1924. Danach betragen die Einnahmen bis zu diesem Tage 8 519 340 319 französische Franken. Die Besatzungskosten, die davon abgezogen werden müssen, betragen 889 550 000 Franken, wovon 739 600 000 Franken auf Frankreich und 129 950 000 Franken auf Belgien entfallen.

Politische Neuigkeiten

Tendenzmeldungen zur Kriegsschuldnote

W.W. Berlin, 11. Sept. Nach dem diplomatischen Korrespondenten des Londoner „Daily Telegraph“ soll der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr v. Rathenau, erklärt haben, daß alle deutschen Gesandten im Ausland die angeforderte Notifizierung der Kriegsschuldnote als unratig bezeichnet hätten und daß die Reichsregierung mit ihrem Widerstand der Kriegsschuldfrage erst hervortreten könnte, wenn die Anmeldung des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund von Frankreich mit einer Aufforderung zur bedingungslosen Annahme des Versailler Vertrages beantwortet werde. Wie das Wolffbüro erfährt, ist diese Behauptung ebenso frei erfunden, wie die zahlreichen übrigen in der letzten Zeit dem Staatssekretär in den Mund gelegten Äußerungen zur Kriegsschuldfrage.

Prof. Sering gegen landwirtschaftliche Schutzzölle

Im Rahmen des zurzeit in Sachsis auf Rügen stattfindenden Herbstlehrganges der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung sprach dieser Tage der bekannte Nationalökonom an der Berliner Universität, Geheimrat Prof. Dr. Sering, über „Die internationale Agrarwirtschaft“. Sering, der politisch der Rechten zuzurechnen ist und der auch in der ersten Agrarfrage, wie er selbst bekannte, wiederholt öffentlich für die Agrarschutzzölle eingetreten war, bekannte sich als grundsätzlicher Gegner der Wiedereinführung der Agrarzölle. Seinen Frontwechsel begründete er etwa so:

Früher, als wir noch ein gewaltig empfortreibendes Land waren, sei es ihm nicht als unbillige Zumutung erschienen, für unser Fleisch und Brot etwas mehr auszugeben, um Zehntausende unserer besten Familien vor dem Untergang zu retten. Jetzt aber seien die Lasten schwerer zu tragen als damals, denn durch die uns auferlegten Tribute würden die Löhne und die Lebenshaltung unserer Industriebevölkerung ohnehin gewaltig herabgedrückt, und so werde der Agrarschutzzoll den Reallohn noch tiefer senken. Sering bezweifelt aber überhaupt, daß die Agrarschutzzölle der Landwirtschaft wirklich helfen werden, denn sie würden, ganz oder größtenteils auf das Ausland abgewälzt werden, ließen also die bestehende Disparität zwischen Industrie- und Agrarpreisen, also das eigentliche Übel, unberührt. Ja, er geht noch weiter, und erklärt, daß das überwiegende volkswirtschaftliche Interesse unsere Wirtschaftspolitik in Richtung auf den Freihandel führen müsse. Unsere Interessen fallen hier durchaus zusammen mit denen der Farmer in den Exportgebieten, die jetzt die unfähigen hohen Industriezölle Vereinigte Staaten, Kanada zugunsten der europäischen Importe erniedrigt wissen wollen. Soweit Sering die Berechtigung von Agrarzöllen anerkennt, will er sie nur zur Hinterrückung der ausländischen Zollstrafen als Kampfmittel eingeführt wissen, die herabzusetzen oder aufzuheben sind für Kompensationen auf industriellem Gebiet. In diesem Sinne betrachtet er die Agrarzölle als Mittelzeug für die kommenden handelspolitischen Verhandlungen, grundsätzlich aber erklärt er sie für ein falsches Mittel, das in Wirklichkeit nichts helfen werde und will sie nur als eine Forderung ausgleichender Gerechtigkeit gelten lassen gegenüber den immer noch bestehenden Industriezöllen und der unwirtschaftlichen Umsatzsteuer.

Die Landwirtschaft verlangt weitere Kredite

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet, hat der Vorstand und die Vertreterversammlung des Reichslandbundes erneut in einer Entschließung auf die Notlage der gesamten deutschen Landwirtschaft, die durch die vernichtenden Witterungsschäden teilweise bis zum drohenden Untergang gesteigert sei, hingewiesen. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen der Steuererleichterung und der Kreditgewährung seien unzureichend. Es wurde Verlängerung der bisherigen und Schaffung weiterer Kredite verlangt. Ferner müßten für den Zinsdienst ausreichende öffentliche Mittel bereit gehalten werden. Die umgehende Durchführung von lokalen Beschäftigungen durch Beauftragte der Zentralstellen wurde für geboten gehalten.

Von der Genfer Völkerbundtagung

Der erste Ausschuss, der die juristischen Fragen, die sich aus der Resolution Derriot-Macdonald ergeben, zu prüfen hat, schloß am Donnerstag die Generaldebatte ab. Die weiteren Beratungen finden nunmehr im Unterausschuss statt, der dann der Kommission Bericht zu erstatten hat. Die einzelnen Redner beschäftigten sich in der Hauptsache mit dem Art. 36 der Satzung des internationalen Gerichtshofes, der zur Verwirklichung des geforderten obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens abgeändert und mit verschiedenen Artikeln des Völkerbundspatentes, die ebenfalls revidiert werden müßten, in Übereinstimmung zu bringen sei, eine Arbeit, die sich als äußerst schwierig und kompliziert erweist.

Die Donnerstagvormittagssitzung der Völkerbundversammlung galt der finanziellen Sanierung Ungarns, über die die zweite Kommission (Technische Kommission) der Versammlung durch den italienischen Delegierten Cavogio einen ausführlichen Bericht vorlegen ließ. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen erstattete ein längeres Referat über das Sanierungswerk des Völkerbundes in Ungarn, das er als eine hauptsächlich wirtschaftliche Arbeit zur Beruhigung der Geister nicht nur in Ungarn, sondern in ganz Mitteleuropa bezeichnet. Mit dem Aufblühen des wirtschaftlichen Lebens hätten sich auch die internationalen Beziehungen verbessert. Graf Bethlen verbreitete sich dann ausführlich über die Sicherheits- und Abrüstungsfrage, wobei er darauf hinwies, daß die entwaflneten Staaten einen Anspruch auf die allgemeine Abrüstung haben. Zur Sicherheitsfrage erklärte er, daß es sowohl für die Kleinen als auch für die großen Staaten nur eine Sicherheit gebe, nämlich die gerechte Lösung aller ersten Probleme dieser Zeit.

Die Stuttgarter Kommunistenverhaftungen

Die bereits gemeldete Verhaftung der drei Redakteure Schalte, Schwab und Quast von der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ in Stuttgart erfolgte auf Grund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters am Staatsgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Am Mittwoch hat wegen derselben Angelegenheit eine Durchsuchung der Buchhandlung der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ nach hochverräterischer Literatur stattgefunden. Dabei wurde der Angestellte Ulrich wegen Vertriebs solcher Literatur verhaftet und die Buchhandlung polizeilich geschlossen, nachdem eine große Anzahl Schriften beschlagnahmt worden waren.

Die spanischen Operationen in Marokko

W.W. Paris, 12. Sept. Nach einer Sabasmeldung aus Madrid gibt der offizielle Bericht aus Marokko bekannt, daß die in der Nähe von Fondal eingeleitete Operation einen normalen Verlauf nimmt. Die Spanier fanden nur schwachen Widerstand und heute wird die Linie bis zur internationalen Zone vollständig wiederhergestellt sein. Mehrere Familien seien bereits in ihre Wohnsitze zurückgekehrt. Die längs des Raufusses stehenden auf ungefähr 3000 Mann sich belaufenden Truppen würden sich heute einschiffen, um die in Tetuan zusammengeogene Armee zu verstärken.

Kurze Nachrichten

Das Vermögen des preussischen Königshauses. Die Denkschrift über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und dem ehemaligen Königshause erschienen unter Drucksache 8043 des preussischen Landtags. Sie behandelt im ersten Teil die Beschlagnahme und die Verwaltung der beschlagnahmten Vermögen, sowie die Auseinandersetzungsverhandlungen, im zweiten Teil die Unterlagen über das Vermögensrechtsverhältnis des Hauses Hohenzollern zum preussischen Staat. Hiermit wurden erstmalig die Akten des Hausarchivs und des Ministeriums des königl. Hauses vorgelegt.

Die kleine Verwaltungsreform in Preußen. Der Ausschuss des preussischen Landtages für Verwaltungsreform legte seine Beratungen über den Regierungsentwurf zur sogenannten kleinen Reform vor. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Bildung einer Zentralen Beschlußbehörde des Staatsauschusses wurde mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Abbau des Berliner Stadtschulrats Pausen. In der vereinigten Berliner Stadtvorordnetenversammlung wurde am Donnerstag mit 119 gegen 82 Stimmen bei 5 Enthaltungen der Abbau des Oberstadtschulrats Pausen beschlossen. Gegen den Abbau stimmten nur die Sozialdemokraten. Mit 102 gegen 86 Stimmen wurde die Beibehaltung der Stelle des Oberstadtschulrats beschlossen. Ferner sprach sich die Versammlung für den Bau zweier sozialistischen und eines kommunistischen Stadtrates aus.

Verhaftungen deutscher Rechtsradikaler in Ungarn. Die Budapestischer Polizei hat der „Post“ zufolge drei Reichsdeutsche verhaftet, die Mitglieder der Organisation Konful sind, und bei denen man Briefe über die Zusammenarbeit der deutschen und ungarischen Rechtsradikalen vorfand. Unter anderem sollen auch Briefe Ludendorffs gefunden worden sein.

Zur Bekämpfung der Lebensmittelpreise in Frankreich. wird dort die Aufhebung der Zölle auf Brotgetreide vorgeschlagen und die Einfuhr lebenden Viehs aus Argentinien und Uruguay.

Badischer Teil

Der 33. deutsche Juristentag in Heidelberg

Die Tagung begann Donnerstag vormittag 10 Uhr mit einer Volleröffnung im großen Saale der Stadthalle. Zum Präsidenten wurde Prof. Dr. Kahl, zum Vizepräsidenten Hans-Johann Richter, zum Generalsekretär Dr. Engel-Wien gewählt. Die feierlichen Begrüßungen durch die Vertreter des Reichs, Badens, Hessens, Württembergs und anderer Bundesstaaten begannen dann mit dem einzelnen Sachfragen. Die badische Regierung war vertreten durch Justizminister Trunt und Kultusminister Dr. Hellpach. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden ferner gewählt Oberlandesgerichtspräsident Dr. Bernauer-Karlruhe, ferner Direktor der Heidelberger Universität Dr. Anshaus und Rechtsanwalt Dr. Sachenburg-Mannheim.

In der Eröffnungsansprache begrüßte der Vorsitzende die Vertreter der deutschen Regierungen, darunter den badischen Justizminister Trunt, den badischen Unterrichtsminister Dr. Hellpach und den als Vertreter des Reichsjustizministeriums erschienenen Staatssekretär Dr. Joel.

Für die badische Regierung zugleich auch namens der auf der Tagung vertretenen Länder sprach Justizminister Trunt, der darauf hinwies, daß das Deutsche Reich im Lande Baden eine treue Südweltmacht und eine Brücke für die Völkerbrüderung besitze.

Staatssekretär Dr. Joel begrüßte besonders die Delegierten aus Österreich und der Tschechoslowakei und gedachte in warmen Worten des kürzlich verstorbenen hervorragenden deutschen Juristen Dr. Düringer. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß der Notstand ein Notrecht geboren habe, das abzubauen oder in die dauernde Gesetzgebung einzureihen, eine der Hauptaufgaben dieses Kongresses bildet. Ein weiteres großes Problem, das Deutschland und Österreich beschäftigen, sei die Schaffung eines neuen kulturellen Bandes zwischen den beiden Ländern bilden werde. Die Reichsregierung sei von der Notwendigkeit überzeugt, die Hilfe der Fachverbände bei der Ausarbeitung einer neuen Gesetzgebung heranzuziehen.

In weiteren Verläufe der Versammlung überbrachte als Vertreter Österreichs Ministerialrat Kallaber Grübe der Österreich und hob das lebhafteste Interesse Österreichs an der Rechtsangleichung an das Deutsche Reich hervor. Prof. Gustav Mayer-Patting aus Prag wies auf die ungreifbare kulturelle Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit dem Deutschen Reich hin. — In Erwiderung auf diese Ansprachen begrüßte der Vorsitzende die Vertreter Österreichs und der Tschechoslowakei mit besonderer Herzlichkeit und erklärte: Wir warten auf den Tag, wo es heißen wird: Ein Reich und ein Recht! Im Anschluß hieran verlas der Vorsitzende das bereits gemeldete Telegramm des Reichspräsidenten, das von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Die öffentliche Sitzung wurde sodann geschlossen. — Die Beratungen der drei Abteilungen schlossen sich an. In der bürgerlich-rechtlichen Abteilung behandelte Privatdozent Dr. Klang-Wien die Frage der zukünftigen Gestaltung des Wohnungsmietrechts.

Die badische Staatsregierung hatte für gestern Donnerstagabend einen Teil der Besucher des deutschen Juristentages zu einem Abendessen in den Europäischen Hof geladen. Etwa 120 Personen nahmen daran teil. Die badische Staatsregierung wurde u. a. durch den Staatspräsidenten Dr. Köhler, Justizminister Trunt und Kultusminister Dr. Hellpach vertreten. Das Essen nahm, wie die „N. Bad. Landesztg.“ meldet, bei ausgezeichneter Stimmung einen schönen Verlauf.

Der Staatspräsident Dr. Köhler hielt eine kurze Ansprache, in der er betonte, daß es für die badische Staatsregierung eine hohe Freude sei, der deutschen Juristentag hier begrüßen zu dürfen. Über den Kreis der Juristen hinaus werde das ganze Volk Anteil nehmen an der Arbeit des 33. Deutschen Juristentages, die unter dem einen großen Gedanken stehen werde, dem Volke und dem Vaterlande zu dienen. Der ungeschwächte Lebenswille des ganzen deutschen Volkes, der sich in letzter Zeit so oft gezeigt habe, werde sich auch im Verlaufe des Juristentages wieder betätigen. Die Versammlung möge der Liebe zu Volk und Heimat Ausdruck geben, indem sie rufe: Das deutsche Vaterland, es lebe hoch! Die Teilnehmer stimmten freudig in diesen Ruf ein.

Geheimrat Dr. Kahl, der Präsident des Deutschen Juristentages, dankte für die freundlichen Worte, die der Staatspräsident dem Deutschen Juristentag gezollt habe. Er führte dann weiter aus: Wir stehen hier auf einem Stück historischer deutscher Erde und deutscher Geschichte. Wir brauchen nur an die Vorgänge von 1848 zu erinnern, die ein Zeugnis mächtigen nationalen Einheitsbewußtseins waren, das von Baden ausgegangen ist. Und Baden war es auch das zuerst den Antrag auf Eintritt des Staates in den Norddeutschen Bund stellte, weil es immer zur Reichseinheit drängte, und als das Reich gegründet war, da war wiederum Baden immer ein treuer deutscher Wächter am Rhein. Wir können sagen, daß wir das Baden Land ein Zeugnis von ununterbrochener geschlossener Reichstreue und Einheitsstreben geben sehen. Selbst im neuesten Reich hat Baden stets für die Reichs- und Reichseinheit gearbeitet. So kommt es, daß wir alle in Deutschland, auch die wir weit entfernt von diesem Lande sind, die größten Sympathien für Baden in uns tragen. Möge es der badischen Staatsregierung gelingen, das Staatsbüß glücklich durch die Räte und Klippen hindurchzuführen. Das Baden Land und Volk, es lebe hoch!

Vorkaufsrecht der Badischen Landwirtschaftskammer

Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen waren in der letzten Sitzung des Vorstandes der Badischen Landwirtschaftskammer Gegenstand einer Besprechung. Es ist in Aussicht genommen, daß die süddeutschen Landwirtschaftskammern zusammen dazu noch Stellung nehmen. — Weiter wurde der Gesetzentwurf über das Reichsarchivrecht und die Stellungnahme der badischen Regierung bei der Abstimmung im Reichsrat zu dem deutsch-spanischen Handelsvertrag und der allgemeinen Zollschutzfrage besprochen. Zur Förderung des Anbaues der französischen Luzerne im badischen Bauernland soll eine besondere an die Landwirtschaftskammer angeschlossene Organisation gegründet werden. — Von dem Stand der gegenwärtig in den verschiedenen Teilen des Landes durchgeführten Meliorationen nahm der Vorstand Kenntnis, desgleichen von den bisherigen Vorarbeiten für die landwirtschaftliche Ausstellung in Karlsruhe in der Zeit vom 20. bis 29. September, die einen sehr guten Erfolg verspricht.

Die Arbeitsgemeinschaft „Altfränkische Luzerne“

tagte in Bözberg am 7. d. M. In der wichtigen Sitzung, der fast sämtliche Vertrauensleute von den etwa 30 in der Arbeitsgemeinschaft zusammengefügten Gemeinden, sowie die Vertreter der landwirtschaftlichen Verbände und der öffentlichen Landwirtschaftsbehörde beizuhören, wurde die Geschäftsordnung der Arbeitsgemeinschaft durchberaten und endgültig genehmigt. Danach übernimmt für die Zukunft die Arbeitsgemeinschaft die Tätigkeit der früheren Luzernebauvereine des badischen Frankenlandes und wird zu diesem Zweck unter tatkräftiger Unterstützung der Landwirtschaftskammer alle Maßnahmen durchzuführen, die die Hebung des Luzernebaues und der Luzerneerzeugung, sowie die Vermittlung des altfränkischen Luzerneertrages bezweckt. Die Arbeiten in diesem Jahre nahmen nach Mitteilung des Berichterstatters, Saatgutinspektors Lieber der Saatgutanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer, einen vielversprechenden Anfang, indem bereits über 200 Felder mit einem Flächeninhalt von annähernd 8500 Ar zur Saatenernte angepflant wurden. — Leider stellt die andauernd schlechte Witterung jedoch die diesjährige Samenerte immer noch in Frage.

Um die Fortführung des Neckarkanal

In Heilbronn fand eine Ausschusssitzung der Neckarkanal-A.-G. unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Krähne statt. Am Schluß der Sitzung legte Geheimrat Dr. Brunnmann folgende Entschließung des Süddeutschen Kanalvereins vor, die allgemein begrüßt wurde:

Die Ausfüllung des Sachverständigengutachtens legt dem Deutschen Reich und seinen Ländern ungenießbare Verpflichtungen auf. Eingelöst können diese Verpflichtungen nur werden, wenn jeder produktive Betrieb in Deutschland rationell und sparsam arbeitet, daß unnötige Unkosten vermieden werden. Aber auch die Einrichtungen des Reiches und der Länder, die mit der Produktion zusammenhängen, müssen rationeller ausgebaut werden, um Verfall zu vermeiden und den Umschlag der Güter zu beschleunigen. Die in Ausführung der Londoner Beschlüsse notwendige Umwandlung der Eisenbahn entzieht die Tarifgestaltung der alleinigen Verfügung des Reiches und der Länder. Umso mehr treten die Wasserstraßen in den Vordergrund. Für Süddeutschland kommt dabei in allererster Linie der Ausbau der Neckarwasserstraße vom Rhein zur Donau in Betracht. Die süddeutschen Länder sind an der deutschen Wirtschaft in hervorragendem Maße beteiligt. In ihrer geograph. Lage aber sind sie auf die Wasserstraßen und die Verbilligung der Transportkosten angewiesen. Diese stark industriellen Länder müssen zum Nutzen der Gesamtwirtschaft auf Höchstleistungen in Qualität und Quantität der Gütererzeugung kommen. Diese werden nur möglich durch umfassenden Ausbau der Verkehrswege, in erster Linie der Verbindung vom Rhein zur Donau über den Neckar. Der süddeutsche Kanalverein ist sich bewußt, daß dieser Ausbau bei den heutigen Verhältnissen des Reiches und der Länder nur etappenweise vor sich gehen kann, aber er richtet heute an die berufenen Behörden des Reiches und der Länder Baden, Württemberg und Hessen die dringende Bitte, das begonnene Werk ununterbrochen fortzusetzen und der Arbeit der Neckar-A.G. alle Förderung zuteil werden zu lassen. Der Kanalverein vertritt mit diesem Standpunkt die Auffassung der süddeutschen Bevölkerung in Baden, Württemberg und Hessen. Das Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft verlangt gebieterisch den badigen Ausbau aller Einrichtungen, die dem Verkehr und der Produktion dienen.

Aus dem Evang. Kirchenblatt. Von der Evang. Kirchenregierung wurde Pfarrer Theodor Walb in Großscheldchen zum Pfarrer in Donauwörth ernannt.

Weinbau und deutsch-spanischer Handelsvertrag

Herr Adolf Paer, Mitglied des Weinbeirates, hat folgenden Schreiben an die Mannheimer Handelskammer gerichtet:

Im deutsch-spanischen Handelsabkommen sind folgende Zollsätze für Wein vereinbart worden:

- Gm. 20.— für roten Konsumwein,
 - Gm. 30.— für weißen Konsumwein,
 - Gm. 25.— für Dessertweine,
 - Gm. 15.— für rote und weiße Verschnittweine,
- je 100 Kilo brutto. Durch diese Sätze beträgt die Zollbelastung für den Hektoliter:
- G. 23,40 beim roten Konsumwein,
 - Gm. 35.— beim weißen Konsumwein,
 - Gm. 30.— beim Dessertwein und
 - Gm. 18.— beim Verschnittwein

durchschnittlich also etwa Gm. 26.—

Bis zum Januar 1923 zahlte man für nahezu alle Fremdwine Gm. 20.— für 100 Kilo brutto oder Gm. 23,40 für den Hektoliter Wein. Im Januar 1923 trat der im Kriegsjahre 1918 mit dem Weinsteuergesetz festgelegte Tariff von Gm. 60.— für 100 Kilo brutto bzw. Gm. 70.— pro Hektoliter in Kraft. Dieser hohe Zoll wurde aber in Wirklichkeit nur in ganz wenigen Fällen bezahlt, denn in der Inflationszeit im Jahre 1923 trat der Zollaufschlag nur teilweise in Erscheinung. Die Aufgeldsätze waren meistens durch die rasche Abwärtsbewegung der Papiermark überholt worden, so daß zuweilen kaum ein Goldzoll von Gm. 20. noch zu erlegen war. Nach der Stabilisierung der Mark trat der Regiezoll, der nur Gm. 24.— die 100 Kilo brutto beträgt, in Erscheinung, und der größte Teil der in Deutschland zum Verbrauch gefommenen Weine wurde im besetzten Gebiete zu diesem Satze verzollt. Eine wesentliche Minderung der Zollbelastung wird also durch das deutsch-spanische Abkommen nicht eintreten. Es kann sogar damit gerechnet werden, daß die Reichsregierung höhere Einnahmen — auch wenn der Verbrauch nicht zunehmen sollte — erzielen wird.

Wenn seitens der Organe des Weinbaus die Beforgnis zum Ausdruck kommt, daß der Weinbau dem Ruin entgegengeht, so mag auf Grund obiger Darstellungen dies nur insoweit gerechtfertigt erscheinen, als schon vor Inkrafttreten des neuen Zolltarifs der Weinbau sich in einer sehr ungünstigen Lage befand. Diese hat also mit dem Zolltarif nichts zu tun, denn die mangelhaften Verhältnisse begannen in diesem Frühjahr, d. i. in der Zeit, in der die Notlage sich auch auf allen anderen Gebieten der deutschen Wirtschaft gezeigt hat. Die Absatzschwierigkeit der Produktion, die in der Hauptsache die Not des Weinbaus verursacht, wird durch eine Erhöhung der Zollsätze für Auslandsweine und die eventuell dadurch bewirkte erschwerte Preissteigerung der deutschen Weine kaum abgemildert werden können. Eher müßte mit einer Verschärfung der Absatzmöglichkeit gerechnet werden, denn je mehr der Wein vertrieben wird, um so weniger wird er verbraucht haben. Wenn ist heute schon zum Vergleichen in Deutschland geworden. Würde schließlich der Auslandswein durch übermäßige Zölle von der Einfuhr zurückgehalten, so schwindet die Zahl der Weintrinker immer mehr und es wird nur noch ein winziger Teil der Bevölkerung daran denken können, sich den Weingenuss zu gestatten.

Nach alten Erfahrungen gibt es nur ein Mittel, um dem deutschen Weinbau zu helfen und ihn zu erhalten, d. i. die Hebung des Absatzes. Dieses kann nur erreicht werden durch die Verbilligung des Weines beim Verbraucher. Da die Händler behaupten, daß sie bei den derzeitigen Verkaufspreisen nicht zu bestehen imstande sind, und andererseits bei den jetzigen Einkaufspreisen der Verbraucher ungenügend ist, wäre eine Verringerung nur zu erwünscht, wenn die Belastungen, die den Wein zwischen der Erzeugung und dem Verbrauch treffen, ermäßigt werden könnten. An Staats-, Kommunalsteuern und Umsatzsteuern treffen allein mehr als 80 Prozent des Verbraucherpreises den Ausschlag. Nimmt man den Erzeugerpreis zur Grundlage, so ist die Belastung an Steuern mehr als 100 Prozent. Soll dem Weinbau für die Dauer geholfen werden, so kann dies nur durch einen Abbau dieser Steuerbelastungen geschehen. Gelegentlich der demnächstigen Beratung des deutsch-spanischen Handelsvertrags im Reichstag wäre die Regierung an diese Hilfsmöglichkeit zugunsten des Weinbaus zu erinnern.

Als positive Vorschläge zur Verbesserung der Lage des Weinbaus nennt die „Deutsche Wein-Zeitung“ die folgenden Maßnahmen:

- Steuertliche Erleichterung in weitgehendem Maße,
- Kreditbewilligung zu mäßigem Zinssatz,
- Änderung des Weingehaltes hinsichtlich der Zuderung ohne weitere Verlängerung der zollfreien Einfuhr aus Elsaß-Lothringen,
- Aufhebung der Verleihsperre durch die Reichsbank für Wein,
- sofortige Einführung der Weinsteuerverordnung, eventuell Aufhebung der Weinsteuern,
- Fortfall jeder Sondersteuer (Gemeindegetränksteuer usw.),
- Frachtermäßigung für Weintransporte.

Kommunale Rundschau

Naturalverpflegungstationen. Im Kreisgebäude in Konstantz fand am vergangenen Freitag nachmittags eine Besprechung der Vertreter der Kreise Konstantz, Willingen, Waldshut, Lörrach und Freiburg über die Frage der Naturalverpflegungstationen statt, bei der auch die Stadtverwaltung Konstantz, Waldshut, Willingen, Markdorf, Stodach, Wehrhingen und Engen vertreten waren. Nach eingehender Besprechung gelangte man zu folgenden Feststellungen: Zum Zwecke der Förderung der Arbeitsbeschaffung und der Förderung eines ordentlichen Wanderweins sind die Naturalverpflegungstationen auch in der heutigen Zeit notwendige Einrichtungen, die auch der Bekämpfung des Bettelwunders dienen und eine gewisse polizeiliche Kontrolle ermöglichen. Träger der Fürsorge soll nicht der Kreis sein. Die Einrichtung und der Betrieb der Naturalverpflegungstationen ist vielmehr Gemeindefache. Diejenigen Gemeinden jedoch, welche die Stationen einrichten und betreiben, übernehmen eine Aufgabe, die nicht nur ihrem Interesse dient, sondern auch dem Interesse der Allgemeinheit und namentlich der Gemeinden, die keine Naturalverpflegungstation haben. Die Kreise haben deshalb die Pflicht, die Stationsgemeinden weit möglichst zu entlasten und deshalb an den Kosten der Einrichtung und des Betriebs der Stationen mindestens zwei Drittel zu tragen. Die Wanderer, die in die Naturalverpflegungstationen aufgenommen werden wollen, müssen sich über ihre Person einwandfrei ausweisen und müssen den Nachweis liefern, daß sie sich um Arbeit bei den amtlichen Arbeitsnachweiskstellen bemüht haben. Wegen der Beschaffung und der Form der Nachweise über die Arbeitsuche werden sich die Kreise mit dem badischen Landesamt für Arbeitsvermittlung ins Benehmen setzen. Neben Obdach soll auch ein morgens eine Suppe verabreicht werden. Diesen

Leistungen der Naturalverpflegungstationen soll eine Gegenleistung in bar oder in der Form der Arbeitsleistung, soweit letzteres nach den örtlichen Verhältnissen möglich ist, gegenüberstehen. Es ist anzustreben, daß über das ganze Reich hin Naturalverpflegungstationen errichtet werden, damit nicht diejenigen Landesteile, die solche Naturalverpflegungstationen haben, von den Wanderern überlaufen werden.

Zum Vorsitzenden des Kreises Mosbach wurde von der Kreisversammlung Altbürgermeister Renz-Mosbach und zum Stellvertreter Bürgermeister Hint-Mosbach gewählt.

Der Geldverkehr der Mannheimer Sparkasse. Wie das Mannheimer Nachrichtenamt mitteilt, betrug bei der Mannheimer Sparkasse im August d. J. die Zahl der Einlagen (Spar-, Schenk- und Giroverkehr) 4050 mit einem Betrag von 1 893 348,18 M.; die Zahl der Rückzahlungen belief sich auf 4900 M. mit einem Betrag von 1 591 772,84 M., so daß sich eine Mehrerlöse von 301 575,34 M. ergab.

In der Zeit von Januar bis einschließlich August d. J. betrug die Zahl der Einlagen 24 302 mit 9 157 668,37 M., die der Rückzahlungen 23 829 mit 7 192 941,10 M.; die Mehrerlöse stellen sich somit auf 1 964 726,97 M. Die Zahl der neuen Einleger seit 1. Januar d. J. beläuft sich auf insgesamt 4114; im Monat August hat eine Zunahme der Sparrer um 630 stattgefunden.

Die Vorstände der städtischen Nachrichtenämter Deutschlands trafen in Dresden zu ihrer dritten Tagung zusammen. Es wurden folgende Fragen behandelt: Abbau des kommunalen Nachrichtenwesens, bisherige Einstellung und Grundlage der städtischen Presseverhältnisse. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschliessung gefaßt: Die dritte Tagung der Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter betont aufs neue die Bedeutung der Pflege guter Beziehungen zwischen Öffentlichkeit und Verwaltung und stellt auf Grund praktischer Erfahrungen der Vorstände der auf der Tagung zum großen Teil vertretenen Städte fest, daß insbesondere auch die städtischen Verwaltungen einer dauernden, systematischen Pflege der Beziehungen der Presse nicht entzogen können, um im Sinne der Selbstverwaltung der Bevölkerung die Möglichkeit intimer Anteilnahme an den Aufgaben und Arbeiten der Stadtverwaltung zu geben und damit das Gemeinwohl und Verantwortlichkeitsgefühl zu stärken. Voraussetzungen für diese gemeinsame Zusammenarbeit von Verwaltung und Presse bleibt, daß ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis besteht und daß insbesondere auch von der Verwaltung die Presse als wirksame Mitarbeiterin an den Aufgaben des kommunalen Lebens anerkannt und eingeschätzt wird.

Der Reichsstadtebund eröffnete in Bad Salzbrunn seine 14. Mitgliederversammlung mit einer Sitzung des Gesamtvorstandes. Zur Mitgliederversammlung sind über 1000 Städtevertreter erschienen. Das Reichsministerium der Finanzen, der Länder, sowie zahlreiche Kommunalbehörden entsandten Vertreter, ebenso die Verwaltung der preussischen Landesgemeinden und sonstige kommunalpolitische Vertretungen. Die eigentlichen Verhandlungen begannen morgen.

Aus der Landeshauptstadt

Die Stadt Karlsruhe und das Badische Landestheater. Wie bereits gemeldet, wird sich am Mittwoch der Bürgerausschuss mit der Neuregelung der Frage des Betriebs des Badischen Landestheaters zu befassen haben. Nach dem bisherigen Vertrag sollte der gemeinsame Betrieb (Staat und Stadt) am 31. August 1925 zu Ende gehen und dann die Stadt Karlsruhe allein diesen Betrieb übernehmen. Bei den großen Zuschüssen, die das Theater aber heute erfordert, ist dies der Stadt unmöglich; denn für die laufende Spielzeit ist bereits ein Zuschuß von 250 000 Mark vorgesehen, der zur Hälfte auf die Stadt, zur anderen Hälfte auf den Staat entfällt; und es scheint, daß der endgültige Abschluß dieser Summe noch vermehrt wird. Die Stadt hatte daher ersucht, den bisherigen Vertrag um ein weiteres Jahr zu verlängern, drang aber mit diesem Antrag nicht durch. Nunmehr liegt im Einberufen mit dem Antrag eine vom Bürgerausschuss noch zu billigende Vereinbarung vor, wonach die bisherige Zeitbewegung in dem Vertrag wegfällt und dafür jeder der beiden Teile berechtigt ist, jeweils bis zum Schluß des Kalenderjahres auf Ende der laufenden Spielzeit den Vertrag zu kündigen.

Badisches Konservatorium für Musik. Der Stadtrat Karlsruhe hat unter dem 24. Juli beschlossen: Die Stadt leiht das Badische Konservatorium für Musik nebst Gebäude und Inventar dem Musikdirektor Franz Philipp aus Freiburg zum Betrieb einer Musikbildungsanstalt zunächst auf 5 Jahre und übernimmt die volle Gewähr für den wirtschaftlichen Bestand der Anstalt. Der Bürgerausschuss wird um seine Zustimmung hierzu ersucht.

Der Badische Heimatabend am Samstag, den 20. September anlässlich der Karlsruhe-Verstärkung in der städtischen Festhalle bringt im Mittelpunkt eines erhabenen Programms ein Festspiel unter Mitwirkung erster Kräfte des Badischen Landestheaters und unter künstlerischer Leitung von Oberregisseur Felix Baumbach. Das Festspiel führt in teils humorvoller, teils ernster Weise, in Vers und Prosa, in Mundart und Hochdeutsch, Vertreter der verschiedenen badischen Stämme zusammen und vereinigt sie zum Schluß zu einer Freilichtbühne an die engere und weitere Heimat. Alemannisch, Pfälzer, Franconen und Karlsruher sind heiter und behaglich charakterisiert und werden zu einer hübschen dramatischen Handlung vereinigt, die ihre Krönung im Erscheinen des Laher sinkenden Boten findet, der im ganzen Lande gefannt und geschätzt ist und als Vorkämpfer der allgemein empfundenen Ideen und Gesinnung eine seiner prächtigen „Standreden“ hält. Das Festspiel weicht von dem üblichen Schema der pathetisch-allegorischen Stücke ab und holt seine Wirkung aus der jeweiligen Eigenart der einzelnen Stammesvertreter. Es heißt „Badische Landsleute“ und stammt aus der Feder des bekannten Professors Dr. Wilh. G. Ostering, der väterlicherseits aus dem fränkischen Oberland stammt und ein guter Kenner unserer schönen Heimat ist. Unterstützt wurde er durch die Mitwirkung des Schriftstellers Albert Segauer.

Die Siginische Kapelle, sowie die Chöre der Basiliken San Pietro Vaticano, Santa Maria Maggiore, San Giovanni Laterano, die bekanntlich heute Freitag, abends 8 Uhr im großen Festsaal ihr einziges Konzert unter Leitung von Konfigonore Raffaele C. Casimir geben, bringen ein ausfühliches, mit zahlreichen sachkundigen Erläuterungen versehenes Programm mit, das in leicht verständlicher Form auch dem Musiklaien einen genauen Überblick über die Darbietungen des Abends ermöglicht. Der Chor tritt übrigens in seinen Konzerten in Deutschland in denselben Ornat auf, in dem er seinen Dienst im Vatikan, anlässlich der großen Messen in der Siginischen Kapelle und im Vatikan, tut. Wie uns die Konzertdirektion Kurt Reufeldt mitteilt sind die beiden billigsten Sorten der nummerierten Karten bereits ausverkauft; es werden daher vielfachen Wünschen entsprechend jetzt noch Stehpässe im Vorverkauf Waldstraße 39 A. Stad. und an der Abendkasse zur Ausgabe gelangen.

Zum Festzug am Badischen Heimatabend am 21. September wird die Karlsruher Bürgerschaft ersucht, in den Straßen die der Zug passiert, ihre Balkone und Fensterplätze gegen gute Vergütung den angemeldeten Fremden und Einheimischen zur Verfügung zu stellen. Anmeldungen nimmt bis Dienstag, den 16. September der Bergner-Kongern, Karlsruhe, Lessingstraße 29 entgegen.

Beginn des Unterrichts in den höheren Schulen. Nach Anordnung des Unterrichtsministeriums beginnt heute Freitag der Unterricht in den höheren Schulen wieder.

Landestheater. In der am Sonntag, den 14. d. M. zur hiesigen Eröffnung gelangenden dreitägigen umfänglichen Komödie „Die neugierigen Frauen“ von Ermanno Wolf-Ferrari sind die Hauptrollen besetzt mit den Damen Hoffmann-Brewer, Stöckert, Benzler, Jochims und den Herren Glah, Rander, Reichinger, Rentwig, Peters, Wirth und Wehrach.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Tauberbischofsheim, 11. Sept. Der Bau einer Winterschule in Tauberbischofsheim wurde von der Kreisversammlung einstimmig genehmigt.

W. D. Triberg, 12. Sept. Gestern mittag ist bei der Einfahrt in den hiesigen Bahnhof der aus der Lokomotive und 11 Wagen bestehende Güterzug 7705 aus noch unbekannter Ursache entgleist. Die Lokomotive sprang mit den Vorderwägen aus dem Gleis und fuhr sich fest, so daß die drei nachfolgenden Wagen ineinandergeschoben wurden und wodurch die anderen Wagen auf das Nebengleis geschleudert wurden. Zwei Beamte wurden leicht verletzt. Der Sachschaden ist erheblich. Bis 1/2 6 Uhr war ein Gleis wieder frei. Die Aufräumarbeiten dürften noch den heutigen Tag in Anspruch nehmen. Man ist augenblicklich damit beschäftigt, mit Wägen und Kranen die schwere Lokomotive vom Bahnhofsplatz wegzufahren. Die Aufräumarbeiten werden von Regierungsrat Kreppes aus Ulmigen geleitet. Die Ursache des Unfalls ist noch unbekannt. Wahrscheinlich ist er auf einen Maschinendefekt zurückzuführen. Das Gleis ist erst vor kurzem erneuert worden und soll sich in Ordnung befinden haben. Innerhalb eines Vierteljahres ist dies der dritte Unfall auf der Schwarzwaldbahn in unmittelbarer Nähe Tribergs.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. Sept.		11. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	160,80	161,60	160,60	161,40
Kopenhagen 100 Kr.	71,22	71,78	71,22	71,78
Italien . . . 100 L.	18,35	18,45	18,32	18,42
London . . . 1 Pf.	18,715	18,805	18,68	18,77
Newyork . . . 1 D.	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris . . . 100 Fr.	22,61	22,73	22,41	22,53
Schweiz . . . 100 Fr.	78,80	79,20	78,75	79,15
Wien 100 000 Kr.	5,91	5,93	5,91	5,93
Brag . . . 100 Kr.	12,685	12,645	12,55	12,61

Zuteilung liberal 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 9. September 1924 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 98 sh 5 d, bezw. für ein Gramm Feingold 36,0410 Pence.

Erntestand im Deutschen Reich zu Anfang September 1924. Das fast allenthalben regnerische Wetter während des Monats August hat die diesjährige Getreidernte derart verzögert, daß zu Anfang September zumeist erst das Wintergetreide geerntet war, während von den Sommerhalbfeldern, darunter auch von Sommerweizen und Sommerroggen, noch größere Mengen auf den Feldern sind, und zwar teilweise noch auf den Halmen. In rauheren Gegenden ist das Sommergetreide zum Teil sogar noch nicht ganz ausgereift. Durch das lange Lagern im Regen ist das auf dem Boden liegende Getreide schon mehrfach ausgewaschen; auch das noch stehende zeigt hierzu bereits Anzeichen. Das unter Dach gebrachte Getreide läßt in seiner Qualität, da es nicht selten in feuchtem Zustande eingefahren werden mußte, vielfach zu wünschen übrig. Nach den bisherigen Druschergebnissen wird der Ertrag verschiedentlich hinter den zu Anfang August gehegten Erwartungen zurückbleiben. In tief gelegenen Ländchen ist auch im August wieder durch Hochwasser erheblicher Schaden auf den Feldern angerichtet worden. Strichweise sind auch Hagelschläge erfolgt. Die Dasernte ist im Gange. Durch die vielen Niederschläge ist eine umfangreiche Lagerung erfolgt, wodurch die Erntearbeit stark erschwert und der Körnerertrag beeinträchtigt wird. Die Entwicklung der Kartoffeln wird auf leichten Böden noch als gut beurteilt, auf schweren zeigen sich aber schon die Anzeichen von Fäulnis. Futter- und Zudertrüben haben bisher im allgemeinen ein befriedigendes Aussehen. Die Aleschläge und Wiesen haben sich gut entwickelt und lassen reichliche Erträge erwarten. Die Einbringung verzögert sich aber durch die ungenügende Witterung. Die Grummeternte mußte verschiedentlich deswegen unterbrochen werden. Für die folgenden Kulturen lautet die Begutachtung, wenn 2 gleich gut, 3 gleich mittel, 4 gleich unter mittel ist, im Reichsdurchschnitt gegenüber dem Vormonat: Hafer 2,7 (2,7), Kartoffeln 2,7 (2,7), Zudertrüben 2,7 (2,7), Munkeltrüben 2,6 (2,6), Ales 2,7 (2,8), Luzerne 2,7 (2,8), Bewässerungswiesen 2,2 (2,2), andere Wiesen 2,7 (2,8).

Weiterbestand des Kohlenfundits. Wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, ist der Weiterbestand des Kohlenfundits durch den bisherigen Verlauf der Verhandlungen so gut wie gesichert. Die Hauptveranlassung zu der bevorstehenden Einigung bildet der amerikanische Kohlenkredit, der ein Weiterbestehen des Fundits zur Bedingung macht.

Der Verein für die Interessen der Handelsbörse zu Berlin beabsichtigt, in einer Eingabe an den Reichsfinanzminister die sofortige Aufhebung der Besteuerung der Börsenzulassung und des Börsenbesuchs zu fördern.

Im Einzelhandelsausschuss der Handelskammer Karlsruhe referierte der Syndikus der Handelskammer, Dr. Arien, über eigenartige Erscheinungen, die auf dem Gebiete der Bekleidung in letzter Zeit in dem Angebiet der Tageszeitungen sehr häufig zu beobachten sind und die in ihrer Mehrzahl auf eine Täuschung des Publikums berechnet sind. Die Volkerversammlung der Handelskammer hatte sich sofort nach Auftreten der Preisauswüchse, die ein verändertes Lotteriespiel bedeuten und deren Veranlassung gegen das Strafgesetz verstoßt, gegen diese Bekleidungsindustrie mit aller Schärfe ausgesprochen. Der gleiche Zweck wurde ferner mit dem sog. Schneeballen-, Lawinen- oder Hydra-System verfolgt, bei dem der Verkäufer dem Besteller zumutet, ihm weitere Käufer zuzuführen und ihm die Überlassung der Ware zusichert, sobald die von den Nachbestellern geleisteten Anzahlungen den Preis der Ware erreichen. Anzuweisen hat der Generalstaatsanwalt in mehreren Klassen die Staatsanwaltschaften angewiesen, mit allem Nachdruck gegen diese ungesunden Erscheinungen im Wirtschaftsleben vorzugehen. Neuerdings wird nun viel-

sch, und zwar in zunehmendem Maße, zum Zwecke der Erweiterung des Kundenkreises ein System angewandt, bei dem die Waren im Wege der Teilzahlung mit Kundenanzahlung versehen werden. Die Anwendung dieses Systems muß mit Notwendigkeit dahin führen, daß die weitläufige Zahl der Käufer die Ware zu dem erhofften billigen Preis nicht erhält, weil es ihnen nicht gelingen wird, die erforderlichen weiteren Abnehmer beizubringen. Da jeder Kunde, um in den Genuß des in Aussicht gestellten Preisvorzugs zu gelangen, dem Verkäufer üblicherweise vier weitere Kunden zuführen muß, haben die im zweiten Glied stehenden schon 16, diese an dritter Stelle kommenden 16 Kunden ihrerseits 64 Kunden beizubringen, usw.; wird auf diese Weise weiter Glied an Glied gefügt, so ergibt sich die Reihe: 64, 256, 1024, 4096, 16384 usw. Es liegt also auf der Hand, daß die Gewinnung weiterer Kunden in kürzester Zeit außerordentlich schwierig wird. Der Einzelhandelsauswuchs erwartet von der Einsicht des kaufenden Publikums, daß es sich durch berartige Rodmittel nicht beeinflussen läßt und nur in solchen Geschäften kauft, die ihren Stolz ausschließlich auf die Versorgung ihrer Kunden mit anerkannt guten Waren setzen. — Großes Interesse fanden die Ausführungen des Vorsitzenden, Stadtrat Hinkel über die Frage, wie jeder Geschäftsinhaber sich die richtigen Unterlagen für seine Kalkulation verschaffen kann. Die genaue Feststellung der Unkosten und zwar allmonatlich, ist heute, wo infolge der Goldmarkrechnung wieder scharf kalkuliert werden muß, für den einzelnen Gewerbetreibenden eine unbedingte Notwendigkeit. — Eine Verlängerung der Geschäftszeit an den Sonntagen vor Weihnachten über 6 Uhr hinaus hielt der Ausschuß nicht für erforderlich. — Mit Befriedigung nahm der Ausschuß davon Kenntnis, daß der Reichswirtschaftsminister in einem vor kurzem an die Länderregierungen gerichteten Erlaß der Auffassung Ausdruck gegeben hat, Mißbräuchen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Verkehrs und Vereinbarungsverfahrens entgegenzutreten. Die Handelskammer Karlsruhe hat bereits früher gegen die Auswüchse im Kartell- und Konkurswesen Stellung genommen. Um in Einzelfällen mit Erfolg vorgehen zu können, wurde es als notwendig bezeichnet, der Handelskammer jeweils genaue, beweiskräftige Unterlagen mitzuteilen.

Bücheranzeigen

Guy Boothby: Auf dem Meergrund. Roman. (Carl Henschel, Verlag, Berlin.) — Der Roman führt die Leser in die Welt der Verurteilten ein. Hier dient deren Kunst der Aufdeckung eines Verbrechens, eines fähr angelegten Juwelen Diebstahls. Das Ganze liegt sich ohne literarische Ansprüche flüssig und angenehm.

Dr. Bernhard A. Bauer: „Wie bist du, Weib?“ Betrachtungen über Körper, Seele und Sexualleben des Weibes. (614 Seiten. Nikola-Verlag, Wien.) — Der Autor, der sich mit diesem seinem Werk ein ernstes, des ethischen Zweckes nicht entbehrendes Ziel gesetzt hat, verfolgt das Weib von der Wiege bis zum Grabe und läßt kein Ereignis unerwähnt, das zur Klärung und Deutung aller Vorgänge im Leben des Weibes, seien sie körperlicher oder seelischer Natur, dienen kann. Die Frau aller Zeiten und Zonen tritt uns in diesem Werke entgegen. Bauer verfügt über einen guten Stil und über sichere Beherrschung des Stoffes. Es ist ein wahrhaftes und ernstes Buch, das Aufschlüsse gibt, die dringend notwendig waren. Jede Frau und jeder Mann wird dem Verfasser dafür dankbar sein.

Letzte Nachrichten

Neue Währung unter dem griechischen Militär
Wien, 12. Sept. Unter den Soldaten des 34. Regiments wurde eine Proklamation verbreitet, die von den Generälen Terull und Panopolopolis unterzeichnet ist, in der zum Sturz der Regierung aufgefordert wird. Die Regierung legt dem Zwischenfall keine Bedeutung bei und glaubt, daß die Unterschriften der Generäle möglicherweise gefälscht wurden. Die Generäle selbst bestreiten, die Proklamation unterzeichnet zu haben. Eine Untersuchung ist im Gange. Eine Anzahl der Offiziere wurde zeitweilig vom Dienst im Regiment entbunden.

Rube bei Schanghai

Wien, 12. Sept. Bei Schanghai herrscht gegenwärtig Ruhe. Meuter meldet: Es wird nicht angenommen, daß die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden, bevor sich das Wetter bessert. Fünf weitere amerikanische Zerstörer sind in Schanghai eingetroffen.

Verschiedenes

Die Schweizerreise des Amerikalustschiffes
 Das Lustschiff „A. III“ ist am Donnerstag bereits um 5.25 Uhr nachmittags von seiner Schweizerreise in das Seegebiet zurückgekehrt und um 6.52 Uhr in Friedrichshafen gelandet. An der Fahrt nahmen auch Geheimrat Herzog vom preussischen aronautischen Observatorium in Berlin teil, ferner die Tochter des Grafen Zeppelin, Gräfin von Brandenstein mit ihren Kindern. Die Fahrt nahm im einzelnen folgenden Verlauf: Ausflüge 9.53 Uhr vormittags, Verbleib im Seegebiet bis 12.48, Schaffhausen 1.25, Waldshut 1.44, Basel 2.15, Narau 2.41, Luzern 3.04, Zürich 3.23, Winterthur 3.45, St. Gallen 4.17, Friedrichshafen 4.31. Nach der Rückkehr in das Seegebiet wurden weitere Versuche gemacht, u. a. Reichweiteprüfung des telephonischen Hörensenders, die mit bestem Erfolg durchgeführt wurden. Ferner wurde der Telephonieverkehr mit dem Postfunkstellen Zürich und Friedrichshafen aufgenommen. Der Zeitpunkt der nächsten Fahrt ist noch unbestimmt.

Ein Danziger Großkaufmann flüchtet

Nach einer Meldung der „D. Z.“ machte der Danziger Großkaufmann und argentinische Konsul Wreszinski bei einer Berliner Juweliersfirma eine Reihe von Einkäufen und erhielt auch auf Grund seines Konsultitels Kredit. Darauf reiste er nach der Schweiz und kaufte von einer schweizerischen Filiale der Berliner Firma eine Perlenkette im Werte von 160 000 Dollars. Da er sich durch die mit gefälschter Quittung versehenen Rechnung seiner Berliner Einkäufe als guter Kunde der Firma auswies, erhielt er auch die Perlenkette ohne Bezahlung. Rumour ist er flüchtig gegangen, ohne auch seine großen Verpflichtungen gegenüber der Danziger Girobank erfüllt zu haben.

Der angebliche Liviusfund

Wien, 12. Sept. Der Auffinder des angeblichen Liviusbuches ist von der Regierung offiziell aufgefunden worden, und kauft über den angeblichen Fund zu erteilen. Der Martino Fusco unterzog sich dieser Aufforderung durch die Nacht. Man weiß nicht, wo er sich versteckt hält. Da auch Senator Rindutto Croce sich sehr zurückhaltend über die Angelegenheit äußert, stellt der „Messaggero“ fest, daß die Steuerverhältnisse immer zahlreicher werden.

Staatsanzeiger

Nr. 75 710. Norm. XIII & Norm. XXVI A. Hundesteuer.
 An die Gemeinden und Staatsaufsichtsbehörden:

Wie verlaute bewilligen zahlreiche Gemeinden für die von ihren Feld- und Waldhütern usw. gehaltenen Hunde Steuerfreiheit gemäß § 3 Absatz 2b des Gesetzes mit der Begründung, daß die Hunde zu dienstlichen Zwecken gehalten werden. Die erwähnte Vorschrift muß jedoch enge ausgelegt werden; die Voraussetzungen zur Steuerfreiheit sind nur dann als erfüllt anzusehen, wenn die vorgelegte Behörde der Beamten, hier die Gemeinde, für die Verpflegung der Hunde aufkommt und hierdurch ihr Interesse an der Verwendung des Hundes zu dienstlichen Zwecken befördert. Trifft dies nicht zu, so sind auch die Hunde der Gemeinde-Feld- und Waldhüter zu versteuern.

Die Aufsichtsbehörden haben das gemäß § 2 Absatz 2 des W.G. zum Hundesteuergesetz von den Gemeinden zu führende Verzeichnis mindestens einmal im Jahre einzuordern und einer Nachprüfung zu unterziehen.
 Karlsruhe, den 8. September 1924.
 Der Minister des Innern
 J. B. Leers

Dem Gemeinderat Sinsheim wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Höhenmarktsauspielung erteilt. Ziehungstermin: 6. März 1924.
 Karlsruhe, den 9. September 1924.
 Der Minister des Innern
 J. B. Leers

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
 Polizeisekretär Christian Baier in Mannheim zum Polizeiobersekretär in Kattau, die Wachmeister Karl Lay in Konstanz, Karl Schwab in Mannheim zum planmäßigen Polizeiwachmeister, die Notarmeister Martin Kuer in Konstanz, Gottfried Scherer in Heidelberg, Fritz Gault in Mannheim zu planmäßigen Polizeiwachmeistern.

Zurückgesetzt:
 Verwaltungsobersekretär Karl Oleser beim Bezirksamt Neustadt zu jenem in Heidelberg, Verwaltungsobersekretär Wilhelm Kallas beim Bezirksamt Lahr zu jenem in Offenburg, Polizeiwachmeister Friedrich Schlegelmilch in Freiburg zum Bezirksamt Kattau.

Ernannt:
 Polizeiwachmeister Hermann Eisenbeis in Mannheim.
 Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:
 Verwaltungsoberinspektor Konrad Zimmermann an der Universitätskassette Freiburg zum Vorstand deselben.

Ernannt:
 Ministerium der Finanzen
 In den einstweiligen Ruhestand versetzt:
 Finanzoberinspektor Karl Wehrle beim Salinenamt Dürenheim, Bürogehilfe Karl Edelmann beim Salinenamt Rappentau.

Gestorben:
 Revisionsoberinspektor Albert Schumacher beim Rechnungshof.

Kola-Ausstellung Karlsruhe

Nur noch 3 Tage
Heute Freitag ermäßigter Eintrittspreis
 Erwachsene 50 Pfennig — Kinder 25 Pfennig
 Kleinrentner, geschlossene Schulen und gemeinnützige Anstalten freien Eintritt
 Niemand versäume die Lebensmittel-Ausstellung zu besuchen

Im Garten von 4 Uhr ab bis 1/11 Uhr
KONZERT der Feuerwehr-Kapelle
 Dirigent: Herr Kapellmeister Irrgang
 Eintritt 25 Pfennig
 Voranzeige: Samstag von 8 Uhr ab: **Bayern-Abend, Schuhplattler, Schnaderhüpferl, Zither-Vorträge etc.** — Wirtschaftsbetrieb ganz nach bayr. Art

Festzug am Badischen Heimattag!

Zu dem am 21. September stattfindenden großen Festzug ersuchen wir unsere werten Mitbürger, welche in den Straßen wohnhaft sind, die der Zug passiert, ihre Balkone und Fensterplätze gegen gute Vergütung den angemeldeten Fremden und Einheimischen zur Verfügung zu stellen.
 Anmeldungen werden bis Dienstag, den 16. September in unseren Geschäftsräumen entgegengenommen.

Bergner-Konzern, Karlsruhe, Lessingstraße 29
 Telefon 4493 und 1994.

Badisches Landestheater.

Samstag, 13. September. 7^{1/2}—10^{1/2} Uhr. Sp. I 4.80.
 Abonn. D 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2301—2700.
 Zum **Wer weint um Juckenack?**
 Tragikomödie in 3 Akten von Hans J. Rehfish.

Spielplan vom 14.—22. September.
Im Landestheater. So. 14.* Abonn. B 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2701—3000. Zum erstmalig: **Die neugierigen Frauen.** Musikalische Komödie in 3 Aufzügen (6 Bildern) nach Carlo Goldoni von Graf Dr. Luigi Sugana. Deutsch von Hermann Teibler. Musik von Ermanno Wolf-Ferrari. 6^{1/2} (Sp. I 8.00.) — Mo. 15.* Abonn. A 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3001—3400. Gleichzeitig für Volksbühne Nr. 1. **Der arme Konrad.** 7^{1/2} (Sp. I 4.80.) — Di. 16.* Abonn. C 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401—3700. **Hänsel und Gretel.** Hierauf: **Der geprellte Pantalone.** 7^{1/2} (Sp. I 7.—) — Mi. 17.* Abonn. F 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3701—4000. **Tieland.** 7^{1/2} (Sp. I 7.00.) — Do. 18.* Abonn. E 3.

Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4001—4400. **Wer weint um Juckenack?** 7^{1/2} (Sp. I 4.80.) — Fr. 19.* Abonn. D 3. Th.-Gem. B.V.B. I. Sondergruppe. **Die neugierigen Frauen.** 7 (Sp. I 7.00.) — Sa. 20.* Abonn. G 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4401—4800. Gleichzeitig für Volksbühne Nr. 1. Neueinstudiert: **Woh dem, der lügt.** 7^{1/2} (Sp. I 4.80.) — So. 21.* Abonn. A 4. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4801—5000. Gastspiel Willy Zilken vom Stadttheater in Leipzig. **Lohengrin.** 5^{1/2} (Sp. I 8.00.) — Mo. 22.* Abonn. B 4. Th.-Gem. B.V.B. III. Sondergruppe. **Wer weint um Juckenack?** 7^{1/2} (Sp. I 4.80.)
Im Konzerthaus. So. 14.* Zum erstmalig: **Der Meisterboxer.** Schwank in 3 Akten von Otto Schwartz und Carl Mathern. 7 (Park. I 3.80.) — So. 21. desgl. Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 13., nachmittags 1/4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 15. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Neu-Eröffnung!
Korsetts-Spezial-Geschäft
 Frau Charlotte Knapp
 Kaiserpassage 8 KARLSRUHE Telefon 1713
 frühere langjährige Filialleiterin der Firma Gehr. Lowandowski
 Neuanfertigungen — Washkorsetts und Reparaturen werden im eigenen Atelier gefertigt

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe
 Karlsruhe in Baden.

Die Herren Aktionäre werden hierdurch zu der **Montag, den 29. September 1924, vormittags 10 Uhr** in den Geschäftsräumen unserer Fabrik, Karlsruhe, Waffstraße 1, stattfindenden **72. ordentlichen Generalversammlung** ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Antrag des Vorstandes und des Aufsichtsrates auf Verlegung des Geschäftsjahres ab 1. Januar 1924 auf das Kalenderjahr.
2. Vorlage der Abrechnung für das halbe Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1923, sowie Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates hierüber.
3. Genehmigung des Geschäftsabchlusses sowie der Gewinn- und Verlustrechnung, ferner Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
4. Satzungsänderungen:
 § 13 Vergütung des Aufsichtsrates,
 § 14 Termin der Generalversammlung,
 § 21 Verlegung des Geschäftsjahres,
 § 22 Termin zur Vorlage der Jahresrechnung usw.
5. Ermächtigung des Aufsichtsrates nach § 274 Abs. 1 S. 2.
6. Aufsichtsratswahl.
7. Verschiedenes.

Die Besitzer von Inhaberaktien, welche an der ordentlichen Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien bis spätestens **Sonabend, den 20. September 1924** während der Geschäftsstunden bei unserer Kasse oder bei der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, oder bei der Direction der Discount-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M., oder bei der Direction der Discount-Gesellschaft, Berlin, oder bei der Deutschen Verkehrsbank, Berlin, oder bei einem deutschen Notar zu hinterlegen.
 Karlsruhe, den 10. September 1924.
 Der Vorstand.

Lastwagen-Verkauf!

4 Können - Lastwagen, fast neu, Marke Stöber, mit Transbordier, sehr guter Käufer, sofort zu verkaufen.
Gg. Dietrich,
 zum Löwen,
 Nonnenweier bei Lahr,
 Telefon 21 Ottenheim.

Konkursverfahren.

2.568. Konstanz. Über das Vermögen des Kaufmanns Eugen Schanbacher in Konstanz, Tivolergasse 6, wurde am 10. September 1924, nachm. 1 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Kaufmann Ernst Henschel in Konstanz, Seestr. 9.
 Gläubigerversammlungs- u. Prüfungstermin: Samstag, den 25. Oktober 1924, vorm. 10 Uhr.
 Konstanz, 10. Sept. 1924.
 Bad. Amtsgericht II.

2.559. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Karl Wbl in Offenburg ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf: **Dienstag, 7. Oktober 1924, vormittags 10 Uhr.**
 Offenburg, 5. Sept. 1924.
 Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts I.

Ruhholzwertant.

Das Bad. Forstamt Gernsbach (Wurgtal) verkauft freihändig aus den Staatswaldungen Schwarzeichen, Buchberg und Rodert rund 240 fm Nadelholz-Stämme und Abfuhre aller Klassen sowie 21 fm Eichen, einige Erlen in 4 Losen. 2.557
 Angebote in ganzen Prozenten der Landesrundpreise bis Dienstag, 30. September d. J., nachmittags 4 Uhr an das Forstamt erbeten, mit Bindung bis 5. Oktober.
 Losverzeichnisse und Auskunft durch das Forstamt.